

Russland auf dem Weg zum Roten Oktober - Die Wiederbewaffnung der Partei

Workers Power, Die Taktiken der Bolschewiki in der Revolution, Kapitel 2, Revolutionärer Marxismus 38, Oktober 2007

Vor neunzig Jahren führte die Explosion des proletarischen Zornes, die das Regime des Zaren Nikolaus hinwegfegte, auf der Ebene der Staatsmacht zu einer zutiefst widersprüchlichen Situation. Obwohl sie am Aufstand nicht teilgenommen hatten, ganz zu schweigen davon, ihn anzuführen, konstituierten Konservative und Liberale eine provisorische Regierung. Sie waren dabei von der Angst geleitet, dass sich die Massenmobilisierungen, dass die Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets), die sich seit Februar 1917 vervielfacht hatten, weiterentwickeln würden.

Andererseits strebten aber auch jene, die das Exekutivorgan des Sowjets von Petrograd bildeten, verzweifelt nach einer Rückkehr zur „Ordnung.“ Die menschewistische (d.h. reformistische) Führung des Exekutivrates, Tscheichidse und Skobelew, waren zusammen mit Kerenski, der Spitze der Provisorischen Regierung, davon überzeugt, dass die russische Revolution, als zunächst bürgerliche Revolution, ihren logischen Ausdruck in einer bürgerlichen Regierung finden würde. Der Exekutivrat forderte tatsächlich die bürgerlichen Parteien zur Machtübernahme auf und gewährte der Provisorischen Regierung Unterstützung.

Obwohl die Masse der Delegierten der Sowjets der Unterstützung der Provisorischen Regierung zustimmte, beschloss sie zugleich, unabhängig von der Exekutive ein „Beobachtungskomitee“ zur Überwachung der Provisorischen Regierung seitens des Sowjets einzurichten. Dies drückte zugleich ein tiefes proletarisches Misstrauen gegenüber der Provisorischen Regierung und den Glauben aus, dass es die Aufgabe des Sowjets wäre, Druck auszuüben und darauf zu achten, dass es garantiert sei, dass die Regierung ihre Versprechen auch hält. Auf einer Massenkundgebung erklärten die TelegraphenarbeiterInnen von Petrograd am 8. März:

„Wir erachten es im gegenwärtigen Moment für die wesentlichste Angelegenheit, eine strikte Kontrolle über die von der Staatsduma ernannten Minister, die im Volk kein Vertrauen genießen, einzurichten. Diese Kontrolle muss aus Vertretern des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten bestehen.“

Resolutionen der ArbeiterInnen wurden automatisch an den Sowjet und nicht an die Provisorische Regierung gesandt. In Russland bestand eine Situation der Doppelmacht. Die Macht war zwischen den Vertretern zweier unversöhnlicher Kräfte geteilt.

Souveränität

Die ArbeiterInnen sahen den Sowjet als ihre Kampforgane an. Die Bourgeoisie hingegen erblickte in der Provisorischen Regierung ihre Bastion gegen diese Kämpfe. Das „Arrangement“, dass der Sowjet die Provisorische Regierung unterstützte, aber auch überwachte, zeigt nur allzu deutlich, dass die Souveränität im Staat in Wirklichkeit gespalten war. Die Bereitwilligkeit der Mehrheit der Sowjetdelegierten jedoch, ein solches Arrangement bewusst zu unterstützen, reflektiert die tiefen Illusionen seitens der Mehrheit der ArbeiterInnen in die Machbarkeit einer „Partnerschaft“ mit der Bourgeoisie.

Die Führer des Sowjets sahen die Doppelmacht nicht als eine zeitweilige, instabile Situation im

Kampf, deren Ausgang zugunsten der einen oder der anderen der konkurrierenden Klassen entschieden werden würde. Sie sahen sie als eine dauerhafte Übereinkunft zwischen Verhandlungspartnern. Trotzki stellte es später so dar: *„In der Revolution 1917 sehen wir, daß die offizielle Demokratie bewußt und absichtlich ein Doppelmachtssystem schafft, wobei sie es mit aller Macht vermeidet, daß die Macht in ihre eigenen Hände übergeht.“*

In Wirklichkeit konnte die Doppelmacht nur ein Vorspiel dazu sein, dass entweder die Bourgeoisie oder das Proletariat den toten Punkt überwinden würde. Trotzki erklärte dazu: *„Entweder wird die Bourgeoisie tatsächlich den alten Staatsapparat beherrschen, wobei sie ihn ein wenig zu ihren Zwecken verändert - in diesem Fall werden die Sowjets zunichte gemacht werden -, oder die Sowjets werden die Grundlage eines neuen Staates bilden, wobei sie nicht nur den alten Regierungsapparat liquidieren werden, sondern auch die Herrschaft jener Klassen, denen er gedient hat.“*

Die Ereignisse der russischen Revolution trafen die Bolschewiki sowohl organisatorisch wie programmatisch unvorbereitet. Vor Lenins Rückkehr nach Russland und dem darauf folgenden Parteikongress im April war die Partei verwirrt und gespalten. In Petrograd nahm die Partei vier deutlich unterschiedene Positionen bezüglich der Situation der Doppelmacht ein. Das Distriktskomitee von Wyborg stand zu einem Programm von Forderungen, das ein tiefes Misstrauen gegenüber der Provisorischen Regierung mit dem Glauben, dass die Revolution strikt demokratische wäre, kombinierte. Am 1. März rief es die Sowjets auf, eine Revolutionäre Provisorische Regierung gemäß der Linie der bolschewistischen Losungen von 1905 zu bilden. Das Ziel dieser Regierung sollte sein, den Weg für das Zusammentreten einer demokratischen Konstituante vorzubereiten.

Das Petrograder Komitee wurde hauptsächlich von früheren politischen Verbannten, die von der Februarrevolution befreit worden waren, gebildet. Sie nahmen einen konservativeren Standpunkt ein. Am 3. März entschlossen sie sich, *„der Macht der Provisorischen Regierung nicht entgegenzutreten, sofern deren Aktivitäten den Interessen des Proletariats und der breiten demokratischen Volksmassen entsprechen.“*

Diese Position implizierte keine unmittelbare Herausforderung gegenüber der vorherrschenden Linie im Exekutivrat des Sowjets. Sie blieb darüber im Unklaren, inwieweit die Provisorische Regierung tatsächlich den Interessen der Massen diene.

Das russische Büro des exilierten Zentralkomitees (Schljapnikow, Molotow und Zalutsky), schwankte. Zuerst forderten sie, dass eine revolutionäre Provisorische Regierung von oben herab von den im Exekutivrat des Sowjets vertretenen Parteien gebildet werden sollte. Ihre programmatische Agenda beschränkte sich darauf, die drei Schwerpunkte des sozialdemokratischen Minimalprogramms - den Achtstundentag, die demokratische Republik, die Konfiskation der Landgüter und ihre Übergabe an die Bauernschaft - sowie die Vorbereitung einer konstituierenden Versammlung durchzusetzen.

Auch hier war die Perspektive die einer rein demokratischen Etappe, über die die Revolution nicht hinausgehen könne. Diese Perspektive führte sie anfänglich dazu, Flugblätter des „linkeren“ Wyborg-Distrikts, die zur Bildung einer auf den Sowjets basierenden Regierung von unten her aufriefen, mit Acht und Bann zu belegen.

Perspektive

Die Perspektive eines Paktes mit den anderen Sowjet-Parteien stieß jedoch auf das Problem, dass die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre die Regierung nicht mit den Bolschewiki teilen wollten. Doch die Erkenntnis dessen trieb das russische Büro bald nach links. Vom 22. März an bezeichnete

es die Sowjets als Embryos einer neuen Staatsmacht.

Es war die Redaktion der „Prawda“, die den rechtesten Standpunkt innerhalb des Bolschewismus einnahm. Herausgegeben wurde sie damals von Stalin, Muranow und Kamenew. Die „Prawda“ erklärte so am 7. März: *„Was uns betrifft, so ist, was jetzt zählt, nicht der Sturz des Kapitalismus, sondern der Sturz der Autokratie und des Feudalismus.“*

Diese Position verfolgte Stalin konsequent weiter, indem er argumentierte, dass, *„die Provisorische Regierung in der Tat die Rolle des Verteidigers der Errungenschaften des revolutionären Volkes angenommen hat. Gegenwärtig ist es nicht in unserem Interesse, Ereignisse herbei zu zwingen, die den Ausschluss von bürgerlichen Schichten, die unvermeidlich eines Tages sich von uns trennen werden, zu beschleunigen.“*

Am 15. März benutzte Kamenew die „Prawda“, um eine bedingte Unterstützung für Russlands Kriegsanstrengungen zu rechtfertigen, da nun die Autokratie gestürzt worden war. So wundert es wenig, dass Mitte März die Arbeiterbasis im Wyborger Distrikt für Anträge stimmten, die „Prawda“-Führung aus der Partei auszuschließen.

Diese Verwirrung spiegelte die Schwäche und die Widersprüche des vorigen, vom Bolschewismus aufgestellten Programms einer durchgehenden demokratischen Revolution wider. Sie sollte von den ArbeiterInnen im Bündnis mit der Bauernschaft durchgeführt werden, sollte aber eine von der sozialistischen Revolution unterschiedene, ja getrennte Etappe darstellen.

Der Februar 1917 aber zeigte, dass die innere Logik der Forderungen der mobilisierten Massen über das Minimalprogramm der demokratischen Revolution hinaus führte. Ihre Sowjets, Milizen und Fabrikkomitees waren Keimzellen eines gänzlich neuartigen Staates, dessen proletarische Räte-Demokratie die Formen und Grenzen der bürgerlichen Demokratie weit überschritt.

Auf ihre besondere Weise versuchten die streitenden Fraktionen entweder, den Kampf auf das Terrain der demokratischen Forderungen zu beschränken, oder sie bemühten sich – ohne jedoch dafür programmatisch vorbereitet zu sein – konsequent darüber hinauszugehen.

Es war Lenin, der fähig war, die Beschränkungen des alten bolschewistischen Programms und dessen Perspektive zu überwinden. Diese Fähigkeit ist zugleich ein Zeugnis für die Lebenskraft und Stärke des historisch gewachsenen bolschewistischen Kaders und zeigt, dass eine offene Debatte in der Partei zu ihrer programmatischen Wiederbewaffnung in dieser entscheidenden Stunde führte.

Lenins Schriften während des Krieges, besonders *„Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus“*, ließen bei ihm die Einsicht reifen, dass Russland ein, wenn auch schwaches, Glied in der Kette des Weltimperialismus war. Notwendigerweise konnte daher das Programm der kommenden russischen Revolution nicht länger in der Formel einer nationalen und demokratischen Revolution gefasst werden; stattdessen war sie Bestandteil der internationalen Revolution gegen den Kapitalismus selbst.

Diese Erkenntnis, verbunden mit einer geschärften Sicht auf das Wesen und das Potential der Sowjets im Februar/März 1917, ermöglichte es Lenin, das bolschewistische Programm angesichts der gesellschaftlichen Explosion Russlands zu überarbeiten und neu auszurichten. Dies unterschied ihn von den streitenden Gruppierungen der Bolschewiki in Petrograd und befähigte ihn, eine höhere Synthese aus den gesündesten ihrer Ansichten – besonders jener Gruppierungen, die eng mit den aufständischen Massen verbunden waren – herzustellen.

Lenins erste Antworten auf die russische Revolution wurden in einer Artikelreihe für die „Prawda“, seinen „Briefen aus der Ferne“, ausgedrückt. Sie bedeuteten einen derartigen Bruch mit dem von

Stalin geschätzten „alten Bolschewismus“, dass nur eine gekürzte Version davon von den Herausgebern veröffentlicht wurde.

Lenin argumentierte, dass der Sowjet eine Organisation der Arbeiter, der Embryo einer Arbeiterregierung sei und dass die einzige Garantie für die Zerstörung des Zarismus in der Bewaffnung des Proletariats, in der Stärkung, der Ausweitung und Entfaltung der Rolle, Bedeutung und der Macht des Sowjets der Arbeiterdeputierten läge.

In diesen Schriften stellt Lenin nun den Sowjet konkret als Keim einer Arbeiterregierung dar und nicht als eine Revolutionäre Provisorische Regierung, wie er es noch 1905/06 getan hatte. Während der Revolutionären Provisorischen Regierung die Aufgabe der Einberufung einer Konstituante zugeschrieben worden war, erscheint eine solche Forderung weder in den „Briefen“, noch in den „Aprilthesen“ auf. Lenin erkannte, dass das, was jetzt auf der Tagesordnung stand, die Zerstörung der Staatsmaschine der Ausbeuterklassen und ihre Ersetzung durch einen neuartigen Staat, basierend auf den Arbeiterräten, war.

Lenin stellte sich der Unterstützung der Provisorischen Regierung durch den Petrograder Sowjet entgegen, erkannte aber das reale Potential bei der Bildung des „Beobachtungskomitees“. In seinen Worten: *„Nun, das ist etwas Reales! Es ist der Arbeiter würdig, die ihr Blut für Freiheit, Frieden und Brot für das Volk vergossen haben.“*

Es war jedoch nur *„ein Schritt auf dem richtigen Weg“*, der zur Schaffung einer Arbeitermiliz führen muss, die es ermöglichen würde, den Weg zur *„Sozialistischen Republik aller Länder“* zu beschreiten.

Mit der Bildung der Miliz und der Sowjets hatten die russischen ArbeiterInnen einen Kurs eingeschlagen, mit dem *„sie selbst diese Organe der Staatsmacht konstituieren sollten“*. In seinem dritten Brief kündigt Lenin an:

„Ich sagte, daß die Arbeiter die alte Staatsmaschine zerschlagen hätten. Ich hätte richtiger daran getan, zu sagen: Sie haben begonnen, sie zu zerschlagen.“

Die Doppelmacht, die aus der Februarrevolution hervorgegangen war, stand vor einer Alternative: entweder Übergang zu einem Staat der Arbeiterräte oder Triumph der bürgerlichen Reaktion. Es konnte keine rein demokratische Etappe der russischen Revolution geben.

Die Rückkehr aus dem Exil erlaubte es Lenin, direkt in der bolschewistischen Partei zu intervenieren und sein programmatisches Rüstzeug weiter zu schärfen. An der Spitze der offiziellen Begrüßungsdelegation des Sowjets forderte ein führender Menschewist Lenin auf, seine Rolle bei der „Schließung der demokratischen Reihen“ zu spielen. Lenin weigerte sich prompt und erklärte stattdessen: *„Das Morgenrot der weltweiten sozialistischen Revolution ist gerade angebrochen. (...) Jetzt kann der europäische Kapitalismus mit jedem Tag zusammenbrechen. Die von euch ausgeführte russische Revolution hat den Weg dazu bereitet und eine neue Epoche eröffnet. Lang lebe die weltweite sozialistische Revolution!“*

Um die bolschewistische Partei programmatisch für diesen Kampf wiederzubewaffnen, legte Lenin seine *„Aprilthesen - Die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“* vor.

Das Ziel, das sich die Thesen setzten, war, von einem Stadium der Revolution, in dem die ArbeiterInnen mit unzureichendem Klassenbewusstsein unnötigerweise die Macht an die Bourgeoisie abgetreten hatten (das heißt, dass es kein notwendiges, sich selbst auf die bürgerliche Demokratie beschränkendes Stadium war), zu einem zweiten Stadium, *„das die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauern legt“*, voranzuschreiten.

Das war nicht nur deshalb möglich, weil die Massen zu politischem Leben erwacht waren, sondern auch, weil die Herrschaft der Doppelmacht wenigstens vorübergehend eine repressive Gewalt gegenüber den Massen ausschloss.

Das bedeutete notwendigerweise, dass die Bolschewiki einen Standpunkt einnehmen mussten, die Provisorische Regierung nicht zu unterstützen und jede Verteidigung der bürgerlichen Regierung abzulehnen. Aber noch wichtiger: Es bedeutete, dass der Kampf über das demokratische Programm hinausgegangen war, nicht weil eine demokratische Etappe erreicht worden wäre und sich in ihrer Brauchbarkeit erschöpft hätte (wie stalinistische Historiker immer behauptet haben), sondern weil der Kampf für eine demokratische Republik einen Schritt zurück darstellen würde, verglichen mit dem Kampf, die Möglichkeit eines Staates der Arbeiterräte, der in den Sowjets in embryonaler Form existierte, zu verwirklichen.

Lenin schrieb: *„Vom Sowjet der Arbeiterdeputierten zur parlamentarischen Republik zurückzukehren, wäre ein Rückschritt.“*

Stattdessen müsste die Partei für die *„Abschaffung der Polizei, der Armee und der Bürokratie“* kämpfen und dafür, dass alle diese Funktionen dem bewaffneten Volk insgesamt übertragen würden.

Genauso, wie Lenin seine frühere Idee einer relativ getrennten demokratischen Etappe in der Revolution zurückgewiesen hatte, war er sich auch klar darüber, dass sein Programm die unmittelbare „Einführung“ des Sozialismus nicht ins Auge fasste. In Wirklichkeit sollte die Revolution den Übergang zum Sozialismus eröffnen, als Teil der internationalen Revolution, durch die Etablierung der Sowjetkontrolle über eine einzige Nationalbank und durch die Übergabe der *„gesellschaftlichen Produktion und Distribution der Produkte schließlich unter die Kontrolle der Sowjets der Arbeiterdeputierten.“*

Im Kern enthalten die „Aprilthesen“ ein Übergangsprogramm von der Doppelmacht zur Diktatur des Proletariats, dem Ziel des marxistischen Programms.

Lenins Kampf zur Wiederbewaffnung der Bolschewiki traf auf bitteren Widerstand vieler seiner GenossInnen, die sich noch in den ausgefahrenen Gleisen einer schematischen Erwartung eines demokratischen Stadiums der russischen Revolution bewegten und davon überzeugt waren, dass diese Aufgabe erfüllt werden müsse. Als die „Prawda“ die „Aprilthesen“ veröffentlichte, leitete Kamenew sie mit der Bemerkung ein: *„Bezüglich der allgemeinen Vorstellung des Genossen scheint es uns unannehmbar, daß sie von der Annahme ausgeht, daß die bürgerlich-demokratische Revolution beendet wäre und mit einer unmittelbaren Transformation dieser Revolution in eine sozialistische Revolution rechnet.“*

In einem dreiwöchigen Diskussionsprozess gewann Lenin die Partei für seine offensive programmatische Linie. Nach Schwanken und Zögern machte sich die Partei daran, die Massen für die Erkenntnis der potentiellen Macht der Sowjets und der schnell anwachsenden Arbeitermilizen, der Roten Garden, zu gewinnen. Nach einer Periode der Verwirrung über den demokratischen Charakter der Aufgaben des Proletariats nahm die Partei nun ein Programm des Übergangs zur Arbeitermacht an. Indem sie die Sichtweise der russischen Revolution als eines nur nationalen, isolierten Ereignisses aufgab, kämpfte die Partei jetzt darum, dass die russischen ArbeiterInnen in der Avantgarde der internationalen Revolution stünden. Dazu Lenin vor der Parteikonferenz, die seine Linie unterstützte:

„Die große Ehre, den ersten Schlag zu führen, ist dem russischen Proletariat zugefallen, aber es sollte niemals vergessen, daß sein Fortschritt und seine Revolution nichts als ein Teil einer weltweiten und wachsenden revolutionären Bewegung sind, die täglich stärker wird. (...) Wir können

unsere Aufgabe in keinem anderen Licht betrachten.“